IMT Nuremberg Archives

H - 4398

International Court of Justice

H4398 – 0002

DOC. R.F. N° 222

Photographie certifiée conforme à l'original.

Voir pour authentification RF 208

INTERNATIONAL MILITARY TRIBUNAL
NURNBERG, GERMANY
Exhibit RF 222
Filed Jan 22, 1946

Paris, Jan. 22, 1946

B 46813

H4398 - 0003

remis par le Hemmen le 3 juillet 1941

237

# M E M O R A N D U M

I.

1) Die mit Note vom 8. August 1940 - Del.W.Nr. 280 - festgesetzten Abschlagszahlungen von täglich 20 Millionen RM werden bis auf weiteres auf 10 Millionen RM täglich herabgesetzt. Im übrigen bleibt die bisherige Regelung für die Abschlagszahlungen bestehen.

2) Aus dem Besatzungskostenkonto, das künftig die Bezeichnung "Besatzungskostenkonto I" tragen wird, und über das deutscherseits im übrigen unbeschränkt verfügt werden kann, ist täglich ein Betrag von 3 Millionen RM zu transferieren. Diese 3 Millionen RM sind von dem Besatzungskostenkonto I auf ein besonderes "Besatzungskostenkonto II" der Hauptverwaltung der Reich-Kreditkassen bei der Bank von Frankreich zu übertragen.

Für den Transfer gilt folgendes :

a) Von dem im deutsch-französischen Verrechnungsverkehr bei der Deutschen Verrechnungskasse zu Gunsten Frankreichs bestehenden Saldo werden täglich 2 Millionen RM durch Übertragung von dem Besatzungskostenkonto II an das Office de Compensation abgedeckt.

b) Der weitere Betrag von täglich 1 Million RM wird zum Erwerb von Wertpapieren, Beteiligungen, Rechten sonstiger Art, frei verfügbaren Devisen, Gold usw. nach deutscher Wahl verwendet werden.

-2-

B 46814

H4398 – 0004

1. 23

Certifié conforme
à l'original
Le Directeur des Archives
de France
Membre de l'Institut

Ch. Lamarq

B 46815

H4398 – 0005



Die Französische Regierung erklärt sich bereit,

aa) die Genehmigung zu dem Erwerb von Wertpapieren, Beteiligungen usw. generell zu erteilen, sofern es sich um Wertpapiere handelt, die ausserhalb Frankreichs emittiert sind oder um sonstige Beteiligungen und Rechte, die an ausserhalb Frankreichs befindlichem französischem Besitz bestehen;

bb) ihre Genehmigung auch zum Erwerb anderer als der unter aa) genannten Wertpapiere, Beteiligungen usw. zu erteilen, wobei die Deutsche Regierung bezüglich dieser Werte ihre Auswahl so treffen wird, dass hierdurch nationalwichtige und Versorgungsbetriebe Frankreichs nicht ernstlich gefährdet werden.

Es besteht Einverständnis darüber, dass der Erwerb von Wertpapieren, Beteiligungen und Rechten sonstiger Art durch deutsche Interessenten auf Grund freier Vereinbarungen mit den französischen Berechtigten erfolgen soll.

Sollten solche privaten Vereinbarungen nicht zustandekommen, so verpflichtet sich die Französische Regierung, die von der Deutschen Regierung näher zu bezeichnenden Wertpapiere, Beteiligungen oder Rechte sonstiger Art selbst zu erwerben und sie zu angemessenen Preisen an die deutschen Interessenten zu verkaufen.

3) Die Deutsche Reichsregierung kann jederzeit Übertragungen von dem Besatzungskostenkonto II auf das Besatzungskostenkonto I vornehmen.

4) Die Abrechnungen zwischen der Deutschen Verrechnungskasse und dem Office de Compensation sowie zwischen der Reichskreditkasse und der Bank von Frankreich erfolgen monatlich.



B 46816

H4398 – 0006

1-24

Certifié conforme
à l'original
Le Directeur des Archives
de France
Membre de l'Institut

Ch. Samaran

B 46817

H4398 – 0007



II.

Der Erlass des OKH Gen St d H/Gen Qu Abt.17 a Az. [illegible] vom 17. September 1940 betreffend Steuerbefreiung für Truppeneinkäufe der deutschen Wehrmacht wird mit Wirkung vom 15. Juli 1941 ab aufgehoben.

Die Französische Regierung hebt ihren Erlass vom 17. September 1940 (Journal officiel vom 12. Oktober 1940), durch den die Erhebung der Produktionssteuer auch für Exporteure vorgesehen ist, insoweit auf, als es sich um nach dem 15. Juli 1941 abgeschlossene Ausfuhrgeschäfte nach Grossdeutschland und den von deutschen Truppen besetzten Gebieten handelt.

Die Anlage 5 zur Verrechnungsregelung für den deutsch-französischen Zahlungsverkehr vom 14. November 1940 wird aufgehoben.

III.

1) Die Deutsche Regierung erklärt sich bereit, die im besetzten Gebiet Frankreichs von deutschen Truppen vor dem 25. Juni 1940 ausgestellten Empfangsbescheinigungen [illegible]. Das technische Verfahren wird besonders geregelt.

2) Die Französische Regierung verpflichtet sich, alle im besetzten und unbesetzten Gebiet Frankreichs von deutschen Truppen und sonstigen deutschen Stellen vor dem 25. Juni 1940 ausgestellten Requisitionsbescheinigungen, Quittungen usw. aus eigenen Mitteln unverzüglich und in voller Höhe einzulösen.

Die Französische Regierung hat die eingelösten Bescheinigungen der Deutschen Regierung zur Verfügung zu stellen.

B 468.8

H4398 – 0008

Certifié conforme
à l'original

Le Directeur des Archives
de France
Membre de l'Institut

L. Lamaud

B 46819

H4398 – 0009



IV.

A. Zur Regelung der durch deutsche Truppen in Frankreich verursachten Personen- und Sachschäden wird folgende Vereinbarung getroffen :

1) Alle vor dem 25. Juni 1940 entstandenen Schäden gelten als Kriegsschäden und sind von der Französischen Regierung selbst zu regeln.

2) Alle Schäden, die in der Zeit vom 25. Juni 1940 bis zum 15. Juli 1941 einschliesslich entstanden sind, werden von der Französischen Regierung getragen. Die Französische Regierung verpflichtet sich, alle durch diese Schäden betroffenen Berechtigten unverzüglich zu entschädigen.

3) Deutsche Wehrmachtstellen werden die Schäden feststellen, die nach dem 15. Juli 1941 durch deutsche Truppen, und zwar nicht durch Kriegshandlungen (Besatzungsschäden) entstanden sind. Nach Anerkennung der Schäden durch die deutschen Wehrmachtstellen werden die Betroffenen mit Mitteln der Besatzungskostenkontos durch deutsche Zahlstellen entschädigt. Die mit der Feststellung der Schäden beauftragten deutschen Wehrmachtstellen haben das Recht, zwecks Feststellung der Höhe der Schäden französische Sachverständige beizuziehen.

Über das Entschädigungsverfahren wird der Militärbefehlshaber in Frankreich nähere Bestimmungen erlassen.

B. Für Personen- und Sachschäden, die der Deutschen Wehrmacht oder ihren Angehörigen in Frankreich seit dem 25.Juni 1940 zugefügt worden sind, hat die Französische Regierung aufzukommen.

-5-

B 16820

H4398 – 0010

Certifié conforme
à l'original

Le Directeur des Archives
de France
Membre de l'Institut

Ch. Samaran

B 46821

H4398 - 0011



V.

Es besteht Einverständnis über Folgendes :

Die zentrale Beschaffung der Verpflegung für die Truppe aus Frankreich soll unter Einschaltung des Französischen Versorgungsministeriums nach den gegebenen Möglichkeiten weiter ausgebaut werden.

Der Militärbefehlshaber in Frankreich erklärt sich bereit, mit den zuständigen französischen Dienststellen in eine Prüfung einzutreten, inwieweit eine Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs durch die Truppenteile und militärischen Dienststellen möglich ist.

VI.

Die seitens der Deutschen Regierung in diesem Memorandum der Französischen Regierung gemachten weitgehenden Zugeständnisse in der Neuregelung der Abschlagszahlungen auf die Besatzungskosten haben jedoch zur Voraussetzung, dass

1) alle für eine befriedigende Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Beziehungen Elsass-Lothringens zu Frankreich deutscherseits gestellten Forderungen, einschliesslich der Einlösung der von den französischen Truppen oder Dienststellen dort ausgegebenen Requisitionsscheine,

2) die Auslieferung des polnischen Goldes an Deutschland,

3) die dem Vorsitzenden der Deutschen Waffenstillstands-Delegation für Wirtschaft mündlich gegebene Zusicherung über die Rückführung des französischen Goldbestandes aus Afrika nach Frankreich

von der Französischen Regierung nunmehr mit tunlichster Beschleunigung erfüllt werden.

Paris, den 3. Juli 1941

B 46822

H4398 – 0012

ertifié conforme
à l'original

Directeur des Archives
de France
Membre de l'Institut

Ch. Lancaux

B 46823

H4398 – 0013

Traduction définitive.

237

Remis par Monsieur HEMKEN à Monsieur de BOISANGER

le 3 Juillet 1941 à 16 heures.

---

MEMORANDUM

---

I.

1) Les paiements d'acomptes fixés par la note du 8 Août 1940 - Del.W. N° 280 - à 20 millions de R.M. par jour sont ramenés jusqu'à nouvel ordre à 10 millions de R.M. par jour. Par ailleurs la réglementation antérieurement appliquée aux acomptes reste en vigueur.

2) Une somme de 3 millions de R.M. devra être transférée chaque jour du compte des frais d'occupation, qui portera à l'avenir le titre de "Compte des frais d'occupation I " et dont les autorités allemandes pourront par ailleurs disposer sans restrictions. Ces 3 millions de R.M. seront transférés du " Compte des Frais d'Occupation I" à un compte spécial " Compte des frais d'Occupation II " ouvert par la Banque de France à l'Administration Centrale des Reichskreditkassen.

Les dispositions suivantes seront appliquées aux transferts :

a) sur le solde existant en faveur de la France à la Caisse allemande de compensation, en raison des opérations franco-allemandes de compensation, 2 millions de R.M. par jour seront liquidés au moyen d'un virement du " Compte des frais d'occupation II " à l'office de compensation.

b) Le reliquat de 1 million de R.M. sera utilisé pour l'acquisition de valeurs mobilières, de participations, de droits divers, de devises librement disponibles, d'or, etc.., selon le choix des autorités allemandes.

Le Gouvernement français se déclare prêt :

aa) à accorder une autorisation générale pour l'achat de titres, participations, etc..., pour autant qu'il s'agit de titres émis hors de France ou d'autres participations et droits afférents à des biens français situés hors de France.

bb) à accorder également son autorisation pour l'achat de titres, participations, etc.. autres que ceux désignés en paragraphe aa), le Gouvernement allemand devant, en ce qui concerne ces valeurs, fixer son choix de telle sorte que les exploitations françaises d'importance nationale ou assurant le ravitaillement de la France ne soient pas sérieusement compromises.

Il est entendu que l'achat des titres, participations et droits divers sera effectué par entente direct entre les détenteurs français et les acquéreurs allemands

Si ces négociations privées ne pouvaient aboutir le Gouvernement français s'engage à acquérir lui-même

H4398 – 0014

Certifié conforme
à l'original

Le Directeur des Archives
de France
Membre de l'Institut

B 46825

H4398 – 0015



les titres, participations ou droits divers qui lui seront désignés par le Gouvernement allemand et à les céder à des prix raisonnables aux acquéreurs allemands.

3) Le Gouvernement allemand peut à tout moment effectuer des virements du " Compte des frais d'occupation II " au " Compte des frais d'occupation I ".

4) Le règlement des comptes entre la Caisse allemande de compensation (Deutsche Verrechnungskasse) et l'Office de compensation français ainsi qu'entre la Reichskreditkasse et la Banque de France sera effectué chaque mois.

II.

L'arrêté du OKH Gen St d H/Gen Qu Abt IV a Az 223 du I7 Septembre I940, concernant l'exemption d'impôts pour les achat en gros de la Wehrmacht est rapporté avec effet du I5 Juillet I94

Le Gouvernement français rapporte la loi du I7 Septembr I940 (Journal Officiel du I2 Octobre I940) qui prévoyait la perception de l'impôt à la production sur les exportateurs, même dans la mesure où il s'agissait de transactions d'exportation à destination de l'Allemagne et des territoires occupés par les troupes allemandes conclues après le I5 Juillet I94I.

L'annexe 5 à l'accord de compensation du I4 Novembre I940 est annulée.

III.

I) Le Gouvernement allemand se déclare prêt à effectuer le paiement des reçus de réquisition délivrés après le 25 Juin I940, par les troupes allemandes en territoire français non occupé. La procédure technique fera l'objet d'une réglementation particulière.

2) Le Gouvernement français s'engage à effectuer lui-même, intégralement et sans délai, le paiement de tous les bons de réquisition, quittances, etc... délivrés avant le 25 Juin I940 par les troupes allemandes en territoire occupé et non occupé.

Le Gouvernement français tiendra les reçus payés à la disposition du Gouvernement allemand.

IV.

A) Le règlement des dommages causés aux biens et aux personnes p les troupes allemandes en France est fixé par l'accord suivant

I) Les dommages antérieurs au 25 Juin I940 seront considérés comme dommages de guerre et réglés par le Gouvernement français.

2) Les dommages causés entre le 25 Juin I940 et le I5 Juillet I94I inclus seront supportés par le Gouvernement français. Le Gouvernement français s'engage à indemniser sans retard toutes personnes lésées qui ont droit à une indemnité.

../..

B 46826

H4398 – 0016

21

Certifié conforme
à l'original
Le Directeur des Archives
de France
Membre de l'Institut

A. Lavenay

B 46827

H4398 – 0017



3) Les services de l'Armée Allemande constateront les dégâts causés postérieurement au 15 Juillet 1941 par les troupes allemandes, à l'exception de ceux causés par les opérations de guerre ( dégâts dûs à l'occupation). Après reconnaissance de ces dégats par les services de l'armée Allemande, les intéressés recevront des bureaux payeurs allemands une indemnité prélevée sur le compte des frais d'occupation. Les services de l'Armée allemande chargés de constater les dommages ont le droit, en vue d'apprécier leur importance, de s'adjoindre des experts français.

Le militärbefehlshaber in Frankreich prendra des dispositions précises au sujet de la procédure d'indemnisation.

B) La réparation des dommages causés aux personnes, ainsi que des dégats matériels dont l'armée allemande ou ses membres ont été victimes en France depuis le 25 Juin 1940 incombe au Gouvernement français.

V.

Il est entendu ce qui suit :

Le système de ravitaillement central de la troupe en produits français sera, avec la coopération du Ministère français du ravitaillement développé dans la mesure où les circonstances le permettront.

Le Militärbefehlshaber in Frankreich se déclare prêt à examiner avec les services français compétents dans quelle mesure il serait possible de favoriser les paiements par écritures de la troupe et des services militaires.

VI.

Les concessions importantes faites dans ce mémorandum par le Gouvernement allemand au Gouvernement français, concernant la nouvelle réglementation des paiements d'acomptes sur les frais d'occupation, ont cependant pour conditions :

1) que toutes les demandes présentées par l'Allemagne concernant un réglement satisfaisant des relations économiques et financières entre l'Alsace-Lorraine et la France, y compris le paiement des bons de réquisition émis dans ces provinces par les troupes françaises ou par des services français.

2) que la remise de l'or polonais à l'Allemagne.

3) que l'assurance, donnée verbalement au Président de la Délégation allemande d'armistice pour l'économie, que le dépôt d'or de la Banque de France en Afrique serait rapatrié en France,

soient maintenant satisfaites, effectuées et remplies le plus rapidement possible par le Gouvernement français.

Paris, le 3 Juillet 1941.

46828

H4398-0017A

Certifié conforme
à l'original
Le Directeur des Archives
de France
Membre de l'Institut

46829

H-4398

RF 222

Filed Jan 22, 1946

RF 222

B 46812

9

H4398 – 0018